

PARLAMENTSREDE von Jochen Esser, MdA – finanzpolitischer Sprecher der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Abgeordnetenhaus von Berlin – 16. Wahlperiode, 83. Sitzung, 26. Mai 2011 **Thema: Vermögensgeschäfte**

Danke schön, Herr Präsident, dass Sie so flexibel sind! – Meine Damen und Herren! Herr Schneider!

Das ist ja schön, dass Sie jetzt mal öffentlich – nein, das kann man eigentlich gar nicht sagen, denn es ist nur noch der Mitarbeiter des Finanzsenators da –, im Trockenschwimmen mal so ein bisschen die neue rot-schwarze Wahlkampflinie der SPD üben. Dann wenden Sie die an auf den Flughafen, auf die ILA, auf das Messegelände in Selchow, – was hatten wir noch? –, auf den Mauerpark, auf die Kastanienallee, auf das Krieger-Bauprojekt in Pankow und was sonst noch so bei Ihnen drin war.

[Björn Jotzo (FDP): Gewerbesteuer!]

Sie haben zu allem Möglichen gesprochen, aber zu wenig zu dem Vermögensgeschäft, das auf der Tagesordnung steht.

[Beifall bei den Grünen]

Dieses Vermögensgeschäft handelt auch nicht vom Flughafen. Der Flughafen ist im Bau und wird, wie wir alle hoffen, 2012 eröffnet. Um Ihnen zu zeigen, was wir darüber denken, zitiere ich mal aus unserem faktisch ein-stimmig beschlossenen Wahlprogramm – Seite 72, dort können Sie das auch nachlesen –: „Eine Weltmetropole kann nur prosperieren, wenn sie gut erreichbar ist – mit allen Verkehrsmitteln. Ein leistungsstarker Flughafen BBI mit interkontinentalen Verbindungen ist dafür unabdingbar.“

[Christian Gaebler (SPD): Ach was?]

Das gilt. Wenn Sie etwas anderes behaupten, irgendwo etwas anderes gelesen haben oder irgendwie etwas nicht verstanden haben, ist das Ihre Sache. Ich glaube, diese Aussage ist eindeutig. Lesen Sie es nach!

[Beifall bei den Grünen – Zurufe von der SPD und der Linksfraktion]

Zweiter Punkt: Frau Matuschek! Es geht hier auch nicht um die ILA. Der Vertrag über fünf Veranstaltungen der ILA – fünf populäre Veranstaltungen in zehn Jahren – ist geschlossen.

[Torsten Schneider (SPD): Eine Milliarde Euro!]

Auch der ist nicht Gegenstand dieses Vermögensgeschäftes.

[Christian Gaebler (SPD): Dafür brauchen wir das Gelände!]

Lieber Herr Gaebler! Ich sage Ihnen aber gerne und offen, dass wir wie sehr, sehr viele Menschen in unserem Land eine Flug- und Militärshow kritisch sehen.

[Beifall bei den Grünen]

Spätestens seit dem entsetzlichen Unglück 1988 in Ramstein – Sie werden sich erinnern, ich glaube, es waren 70 Tote und Tausende von Verletzten – ist das keine Überraschung. Wenn Ihnen das überhaupt kein Nachdenken und Abwägen wert ist, wenn Sie damit gar keine Probleme haben, ist das Ihre Sache. Herr Schneider, Herr Gaebler, die gesamte SPD und seit heute offensichtlich auch die Linkspartei, jedenfalls in Berlin! Das sagt eine Menge über Sie aus und ziemlich wenig über uns.

[Beifall bei den Grünen]

Das können Sie ja im Wahlkampf alles vertreten. Das wird uns freuen, da nehmen wir eine Menge mit, denn das sehen viele Menschen so wie wir.

[Zuruf von der SPD: Herr Esser und Herr Esser! – Weitere Zurufe von der SPD und der Linksfraktion]

Ja, das sehen viele Menschen so, dass eine Flug- und Militärshow kein Muss ist.

Damit bin ich eigentlich beim Gegenstand des Vermögensgeschäfts. Das ist weder der BBI noch die ILA, sondern die Folge Ihrer ILA-Entscheidung. Das wird in einer spezifischen Form umgesetzt. Berlin bekommt jetzt – Herr Graf, nur da hatten Sie völlig recht – ein zweites – vielleicht kann man sogar sagen: nach der Tempelhofentscheidung des Regierenden Bürgermeisters ein drittes – Messe- und Ausstellungsgelände.

Dazu sagen wir, dass wir darüber zunächst einmal eine konzeptionelle Klarheit wollen. Wir hätten gerne auch Klarheit darüber, wie sich das dann rechnen soll. Uns liegt eine Messewirtschaftsbetrachtung vor. Da müssen 27 Millionen Euro, Herr Schneider, Sie haben es geschrieben, investiert werden. Dabei werden aber 3,7 Millionen Euro Verlust gemacht. Wenn es keine Zusatzveranstaltungen gibt, von denen wir nur hoffen, dass sie kommen, dass sie nicht vom alten Messegelände abgezogen werden und von denen noch keine einzige mit einem Vertrag unterlegt ist, haben Sie dort sogar einen zweistelligen Millionenverlust zu verzeichnen.

An dieser Stelle sage ich Ihnen – das ist der Gegenstand des Vermögensgeschäfts –, dass ich mit einer solchen Situation – ich habe in den nächsten zehn Jahren fünf Veranstaltungen mit einem finanziell negativen Outlook – keinen Erbbauvertrag über 50 Jahre mache. Da mache ich einen Vertrag über zehn Jahre, da mache ich vielleicht einen Vertrag mit einer Verlängerung dieser Zehn-Jahres-Option. Da mache ich auf jeden Fall keine Bindung von 50 Jahren für ein Gelände, das ich möglicherweise 50 Jahre lang überhaupt nicht brauche. Das ist das A und O jeder vermögenspolitischen Entscheidung. Deswegen haben wir dieses Vermögensgeschäft abgelehnt.

Im Augenblick sind nur die ILA-Veranstaltungen sicher, alle zwei Jahre 900 000 Euro Miete; sodann habe ich eine Verlustprognose – und ich sage Ihnen ehrlich: Bei einem solchen Investitions- und Businessplan würde bei einer privaten Gesellschaft kein Aufsichtsrat dieses Geschäft genehmigen, und es fände sich keine Bank, die das finanzieren würde.

[Torsten Schneider (SPD): Das ist doch Quatsch!]

Warum sollten wir es nach dem allgemeinen Prinzip Hoffnung anders halten? Man könnte das abmildern, hätte man eine Ausstiegsklausel, ein gestuftes Verfahren, gewählt. Wenn man in ein Risiko investiert, das man nicht übersehen kann, dann muss ich nicht eine 50-jährige Bindung haben, fest und ohne Auflösung, sondern dann versuche ich, eine gestufte Laufzeit zu erzielen. Das habe ich jedenfalls gelernt, und ich weiß nicht, wo der Herr Finanzsenator bei dieser Sache hingeschaut hat, denn ich glaube, dass er das auch weiß. Deswegen bin ich mit diesem Vermögensgeschäft, selbst unter Ihren ganzen Voraussetzungen, nicht einverstanden, weil man die Laufzeitklausel anders ausgestalten müsste.

[Zuruf von Christian Gaebler (SPD)]

Die offenen Risiken, die keine plausible Unterlegung haben und die deswegen keine Bank akzeptieren würde – es sei denn es handelt sich um den Staat, der immer alles bezahlt über den Steuerzahler –, müsste man dahingehend absichern, dass man die Sache abrechnen kann, wenn sie nicht funktioniert oder wenn es über die fünf Veranstaltungen der ILA hinaus keine Verlängerung gibt. So wie ich den Vertrag mit der Luftfahrtindustrie im Übrigen kenne, sind noch nicht mal diese fünf Veranstaltungen völlig fest garantiert.

[Beifall bei den Grünen – Christian Gaebler (SPD): Was passiert nach den zehn Jahren?]

Ihre Polemik liegt ganz auf der Linie Ihrer Politik der 90er-Jahre. Ich erinnere an das Baufeld Ost. Das haben Sie damals gekauft, weil Sie gesagt haben, es sei schön billig. Es hat 250 Millionen Euro gekostet. Das waren täglich 10 000 Euro Zinsen. Es wird zwanzig Jahre lang nicht gebraucht, um dann am Ende festzustellen, dass wir es für den Flughafen gar nicht brauchen. Mit diese Sorte von Flächenbevorratung –wie einst die große Koalition, Diepgen, Landowsky und Sie –bewegen Sie sich zurück in die 90er-Jahre. Das ist mit uns nicht zu machen.

[Beifall bei den Grünen]

Mit einer solchen Politik können Sie sich Rot-Grün abschminken. Das sage ich Ihnen. Das können Sie genau so, wie Sie es hier sagen, miteinander machen wie damals. Das ist genau das, was uns jetzt heute wie schon früher vorgehalten wurde: Alle haben sich gefreut, bloß die Grünen nicht. Ja, so war es auch bei der Gründung der Bankgesellschaft. Das Resultat ist bekannt.

[Beifall bei den Grünen]

Wir könnten all die anderen Beispiele nennen. Ich will hier nur Frau Kolat aus der gemeinsamen Presseerklärung mit Ihnen, Herr Schneider, zitieren: „Wir vertrauen auf die positive Entwicklung der Region insgesamt.“ Genauso lief zu Diepgens, Landowskys und Ihrer Regierungszeit jede Diskussion, wenn man gegen irgendetwas einen Einwand hatte. Wenn man sagte: Das treibt uns vielleicht haushaltspolitisch in eine schwierige Situation, hieß es immer: Die Stadt prosperiert, die Stadt wächst, Sie glauben nicht an die Zukunft dieser Stadt, Sie sind vorgestrig, Sie wollen alles aufhalten. – Das ist genau diese Platte, die Sie jetzt versuchen, wieder zu spielen.

Ich sage Ihnen – und da habe ich vor dem Wahlkampf keine Angst –: Von dieser Platte hat seit 2001 diese Stadt die Nase voll.

[Beifall bei den Grünen]

Sie waren es unter anderem mit uns zusammen, die mit dieser allgemeinen Blödsinnsargumentation gebrochen und darauf bestanden haben, dass auch im allgemeinen Aufschwung jedes einzelne Finanzgeschäft in sich vernünftig zu sein und sich zu rechnen hat. Es geht nicht nach dem Prinzip Hoffnung oder Behauptung.

Es geht nicht nach dem Prinzip, wo der Wille ist, ist auch der Weg. Aber für Voluntarismus, Herr Schneider, sind Sie von den Wohnungen der BIH bis jetzt neuerdings in Wirtschaftsfragen ja bekannt.

[Beifall bei den Grünen]